

litische Rückhalt der autonomistischen Bewegung an der Saar, wie diese Untersuchung gezeigt hat, auch durch interne Gründe und Entwicklungen geschwächt wurde. Darüber hinaus muß man ganz allgemein den Wechselbezug zwischen internen und externen Einflüssen beachten. Diese Interdependenz muß, wie die Untersuchungen von Freymond⁷⁸ und Kraus⁷⁹ auch bestätigt haben, in den Jahren zwischen 1950 und 1955 vor allem für das saarländisch-deutsche Verhältnis kalkuliert werden. Zur bundesrepublikanischen Aufmerksamkeit gegenüber der Saar gehörte natürlich auch die saarländische Bildungswelt. Sie war zwar weitgehend im Zeichen deutscher Kulturtraditionen gestaltet worden, verfiel hier aber dennoch auf breiter Front dem Zorn nationalen Denkens, weil sie in den Augen ihrer besorgten Kritiker zur Stabilisierung der saarländischen Eigenstaatlichkeit und der Wirtschaftsunion mit Frankreich mißbraucht wurde. Zum Anwalt der konsequenten Ablehnung des saarländischen Separatismus generell und seiner Bildungspolitik im besonderen machte sich der im Jahre 1951 gegründete und in den Jahren 1953 bis 1955 sehr aktive überparteilich organisierte Deutsche Saarbund⁸⁰.

Für ihn war es eine selbstverständliche patriotische Pflicht, *sich mit allen verfassungsmäßigen Mitteln jedem endgültigen oder vorläufigen Verzicht auf das Saargebiet zu widersetzen*⁸¹. Aus diesem Generalanliegen nach Wiedervereinigung heraus attackierte er alle bildungspolitischen Sonderentwicklungen an der Saar, von denen er eine Gefahr für das nationale Deutschtum befürchten mußte. Dazu gehörte in erster Linie die besondere Stellung des französischen Sprachunterrichts, die französischen Schulen in ihrem Charakter als Bildungsanstalten für schulpflichtige saarländische Kinder⁸², die verschiedenen saarländisch-französischen Austausch- und Begegnungsaktionen von Schülern, Lehrern und Professoren, die französische Gönnerschaft im saarländischen Kulturleben, die man gänzlich im Sinne einer langfristig geplanten Romanisierung interpretierte, und schließlich die Universität des Saarlandes, die sozusagen zum Inbegriff einer angenommenen „pénétration culturelle“ wurde⁸³. Die Sorge um die Entfremdung der saarländischen Jugend von der deutschen Sprache und Kultur und die argwöhnisch beobachteten Bemühungen der Saarregierung um bildungspolitische Eigenständigkeit zogen sich wie ein roter Faden durch die Stellungnahmen des Saarbundes zur saarländischen Kulturpolitik. Im Rahmen seiner generellen Kampagne gegen die Verletzung der Menschenrechte und Freiheiten an der Saar beklagte der Saarbund natürlich auch die politische Disziplinierung der saarlän-

⁷⁸ J. Freymond, S. 223 ff.

⁷⁹ A. H. V. Kraus, passim.

⁸⁰ Im Jahre 1955 zählte der Deutsche Saarbund nach eigenen Angaben 17 Mandatsträger der CDU/CSU im Bundestag oder Bundesrat, 15 der FDP, 17 der SPD, 10 des Gesamtdeutschen Blocks/BHE und 5 der Deutschen Partei (DP). Nach Mitteilung des Deutschen Saarbundes 48/55 vom 12. 9. 1955. Bundesarchiv Koblenz, Z Sg. 1, 39/2.

⁸¹ Zitiert nach Mitteilung des Deutschen Saarbundes 73/54 vom 31. 12. 1954. Bundesarchiv Koblenz, Z Sg. 1. Zur Geschichte, Struktur und zu den Zielen des Deutschen Saarbundes im einzelnen R. H. Schmidt, Bd. 1, S. 527 ff.

⁸² Siehe oben, S. 113 f. und S. 166 sowie die dortige Anm. 163.

⁸³ Vgl. hierzu im einzelnen das umfangreiche Informationsmaterial des Deutschen Saarbundes aus den Jahren 1953 bis 1955, insbesondere die Informationen zur Kulturpolitik 3/54 vom 1. 6. 1954 und 11/54 vom 16. 12. 1954 sowie sein Material zur Saarfrage Folge A/13 vom 12. 7. 1953 (Politik und Kulturpolitik). Diese Quellen sind auch Grundlage für die nun folgenden Ausführungen. Vgl. auch das Schreiben des Deutschen Saarbundes an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, vom 11. 3. 1954, in dem er gegen einen Briefwechsel einer Freiburger Hochschulgruppe, deren Ehrenmitglied Hallstein war, mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann protestiert. Bundesarchiv Koblenz, Z Sg. 1, 39/4 und 39/5.